

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 22.03.2017

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Aylin Aydemir
Frau Brigitte Biermann
Frau Christina Osei
Frau Marlis Bußmann
Herr Yunus Cakar
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Frau Irimi Mavreli
Frau Viola Obasohan
Herr Mehmet Ali Ölmez
Herr Ali Sedo Rasho
Herr John Jude Pirapakaran Savarimuthu
Herr Dilshad Simo Yoki
Herr Sivasothy Varatharajah
Herr Michael Weber
Herr Cemil Yildirim

Stellvertretende Mitglieder

Herr Engin Konak

Von der Verwaltung:

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum
Frau Bernard, Amt für Schule-Bildungsbüro
Frau Krutwage, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Frau Grewe, Kommunales Integrationszentrum
Herr Hartmann, Amt für Jugend und Familie-Jugendamt

Gäste:

Herr Wilkening, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Ölmez begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung (zu Punkt 2) wird um den Punkt „Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 22.02.2017“ ergänzt.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Herr Vorsitzender stellt keine Wortmeldungen fest.

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 22.02.2017

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 22.02.2017 wird genehmigt.

-einstimmig -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

- Frau Obasohan teilt mit, dass aus den Haushaltsmitteln des Integrationsrates Werbematerial für die Öffentlichkeitsarbeit des Gremiums im Auftrag gegeben und diese u. a. bei Veranstaltungen im Rahmen der Aktionswochen gegen Rassismus verteilt wurden.
- Frau Adilovic weist auf hin auf eine Veranstaltung des Integrationsrates am 5. April 2017, 17:00 Uhr, Neues Rathaus in deren Mittelpunkt die Studie „Rechtsaußenparteien im Landtagswahlkampf NRW“ steht und es folge eine Podiumsdiskussion mit den Vertreterinnen und Vertretern der Parteien.

Zu Punkt 4 Anfragen

Frau Adilovic berichtet über ein Gespräch mit der Leitung des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt, Frau Schulz, wegen des Falls der syrischen Frau, die sich im Integrationsrat über mangelnde Unterstützung und Hilfeleistung beklagt hatte. Die Betroffene wurde mittlerweile kontaktiert und erhält sozialbetreuerische Hilfen.

Zu Punkt 5 Anträge

Herr Yildirim, kündigt an, er werde für die nächste Sitzung des Integrationsrates einen Antrag stellen, mit dem er fordere, dass der Integrationsrat spätestens zum Ende der Legislaturperiode abgeschafft werde. Er habe schon des Öfteren betont, dass der Integrationsrat als Gremium nicht mit anderen politischen Gremien zu vergleichen sei. Es gehe hier weniger um Parteipolitik, sondern mehr darum die gemeinsamen Interessen aller Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen, unabhängig davon, welche Volkszugehörigkeit, Religion, Herkunft etc. die Menschen haben, zu vertreten. Er habe dafür leider kaum Unterstützung erhalten. Unter diesen Umständen sei der Integrationsrat kein effektives Gremium für die Durchsetzung der Interessen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Zu Punkt 5.1 Europäische Städte-Koalition der UNESCO gegen Rassismus

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4328/2014-2020

Herr Weber erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Im Beschlussvorschlag seien alle wesentlichen Fakten erhalten, die die Sinnhaftigkeit des Beitritts zu dem Verein begründen bzw. ausdrücken.

Vor diesem Hintergrund erübrigten sich etwaige Einzelbegründungen. Es herrsche Einigkeit darüber, dass konkrete Maßnahmen zu ergreifen sind, die geeignet seien, die Verbreitung von Rassismus einzudämmen. Mit dem Beitritt Bielefelds zur „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ könne die Auseinandersetzung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit strukturiert und wirksam angegangen werden.

Frau Adilovic beanstandet den Umgang der Verwaltung mit dem Antrag. Dass im Rat am 23. März im Rat kein Beschluss erfolge, sei auf die verspätete Reaktion der Verwaltung zurückzuführen.

Herr Sağ begründet, dass der Antrag zunächst im Fachausschuss (Haupt-, Wirtschaftsförderung- und Beteiligungsausschuss) behandelt werden müsse, bevor der Rat darüber befinde. Ferner sei die Kostenfrage verwaltungsintern noch zu klären.

Zu dem Thema äußern sich auch Frau Bußmann, Frau Biermann und Frau Obasohan.

Die Beschlussvorlage wird in der Mai Sitzung im Rat behandelt.

Herr Vorsitzender Ölmez, lässt anschließend über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

- 1. Der Haupt-, Wirtschaftsförderung- und Beteiligungsausschuss und der Rat der Stadt stimmen der Empfehlung des Integrationsrates zur Teilnahme an der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) e.V. zu und bitten den Oberbürgermeister, einen Beitrittsantrag beim Lenkungsausschuss des ECCAR e.V. zu stellen.**

- 2. Der Rat bekennt sich zu den Zielen der Städtekoalition und dem Zehn-Punkte-Aktionsplan zu Bekämpfung des Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa. Er bittet um regelmäßige Berichterstattung über die Umsetzung des Aktionsplans im Integrationsrat und im Rat.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Integrationsförderung in Bielefeld: Zahlen und Fakten aus der Sicht des Bundesamtes

Herr Wilkening gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der aktuellen „Asylgeschäftsstatistik“ für den Monat Februar 2017.

Er führt aus:

Im Berichtsjahr 2017 wurden bisher 33.475 Erstanträge vom Bundesamt entgegengenommen. Die meisten Erstanträge im Jahr 2017 wurden bisher aus den folgenden drei Ländern erfasst: Irak, Syrien, Eritrea. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres wurden 117.392 Erstanträge gestellt; dies bedeutet einen Rückgang der Antragszahlen um 71,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Folgeanträge im bisherigen Jahr 2017 stieg gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert (3.250 Folgeanträge, +10,7 %) auf 3.599 Folgeanträge.

Damit nahm das Bundesamt insgesamt 37.074 Asylanträge im bisherigen Berichtsjahr 2017 entgegen; im Vergleich zum Vorjahr (120.642 Asylanträgen) bedeutet dies ein Rückgang um 69,3 %.

Im Berichtsmonat Februar wurden 14.951 Erstanträge vom Bundesamt entgegengenommen. Gegenüber dem Vormonat (Januar: 16.057 Personen) sank dieser Wert um 6,9 %. Im Vergleich zum Vorjahr (Februar 2016: 66.127 Personen) ist ein Rückgang um 77,4 % zu verzeichnen.

Im bisherigen Berichtsjahr 2017 wurden 142.807 Bundesamtsentscheidungen gezählt. Dabei sind 95,4 % der Bundesamtsentscheidungen (136.235 Entscheidungen) Entscheidungen über Asylerstanträge. Im Vergleich zum Vorjahr (101.755 Entscheidungen) hat sich die Zahl der Bundesamtsentscheidungen um 40,3 % erhöht.

Zum Ende seiner Ausführungen berichtet Herr Wilkening über den Stand der Integrationskurse in Bielefeld.

Herr Vorsitzender Ölmez unterbricht die Sitzung.

Frau Jutta Küster ergreift das Wort und schildert anschaulich die Alltagssituation der der geflüchteten Menschen in den Unterkünften. Dramatisch und psychisch belastend sei insbesondere das Warten auf die Entscheidung des Bundesamtes. Es gäbe keine Kontaktperson, keine Möglichkeit beim Bundesamt einen Verantwortlichen zu erreichen. Es werde weder Anrufe noch auf Mails reagiert. Sie berichtet in diesem

Zusammenhang von einem Fall, bei dem die Unterlagen quasi nicht auffindbar seien. Keine Behörde konnte bis heutigen Tag eine Antwort geben.

„Wir müssen jetzt etwas tun, wenn die Integration der Menschen gelingen soll, sonst haben wir in einigen Jahren ein Riesenproblem“. Sie regt eine Sprechstunde im Bundesamt an, die einmal im Monat vorgehalten werden könne.

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Herr Wilkening erklärt, dass er in der Funktion des Regionalkoordinators hier sei und nicht mit Asylangelegenheiten befasst sei.

Dass Bearbeitungszeiten, Entscheidungsverfahren länger dauerten, läge seiner Einschätzung nach vor allem am Personalmangel. Er teile die Meinung, dass die Entscheidungsdauer für die Betroffenen psychische Belastungen mit sich bringen. Dieser Zustand könne jedoch nur durch den Bund geändert werden.

Anschließend geht Herr Wilkening auf Fragen von Frau Biermann, Herrn Weber, Frau Obasohan, Frau Mavrelli, Frau Adilovic und Herrn Simo Joki ein.

Zu Punkt 7

Leitbild der Bildungsregion Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4493/2014-2020

Frau Bernard erläutert die Notwendigkeit, den Inhalt und die Ziele des Leitbildes der Bildungsregion Bielefeld (**Anlage 1**).

Das Leitbild stelle den Bildungsakteuren einen Orientierungsrahmen zur Verfügung, um bestehende Kooperationen zu stärken, neue anzuregen und die vielfältigen Unterstützungssysteme weiterzuentwickeln.

Frau Obasohan regt die Aufnahme der „Erwachsenenbildung“ als Handlungsziel in das Leitbild an.

Beschluss:

Der Integrationsrat, empfiehlt Jugendhilfeausschuss und Schul- und dem Sportausschuss das Leitbild der Bildungsregion Bielefeld als gemeinsam getragenen und verbindlichen Orientierungsrahmen für alle Bildungsakteure der Bildungsregion Bielefeld beschließen.

Das Leitbild fördert die Kooperationen der Bildungsanbieter und trägt somit zielführend zur Sicherung und Verbesserung der Qualität der Bildungsangebote und ihrer systematischen und bedarfsspezifischen Verzahnung sowie ihrer Öffnung in die Stadtteile bei.

Das Leitbild stellt somit ein wesentliches Steuerungsinstrument für die Entwicklung der Gesamtstruktur der kommunalen Bildungslandschaft dar.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2017**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4409/2014-2020

Frau Krutwage stellt die Herangehensweise zur Entwicklung der wirkungsorientierten Maßnahmen und Projekte sowie die Herausforderungen und Leitsätze vor, auf deren Basis die formulierten Schwerpunktthemen abgestimmt wurden.

Frau Obasohan vermisst spezifische Kennzahlen sowie an konkreten Formulierungen zur Migrantinnen und Migranten. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf das vom Rat beschlossene „Integrationskonzept“ und bittet die darin enthaltenen Handlungsvorschläge zu berücksichtigen.

Frau Adilovic bittet um eine jährliche Berichterstattung über die Ergebnisse der Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen. Der Integrationsrat solle von Anfang an in die Beratungsreihenfolge eingebunden werden.

Frau Krutwage bestätigt, dass eine Berichterstattung zum Erfolg der Maßnahmen vorgesehen sei.

Der Integrationsrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 9 **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4382/2014-2020

Herr Hartmann stellt die wesentlichen Entwicklungen bzw. Aspekte der Vorlage vor.

Der Integrationsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Mehmet Ali Ölmez

Emir Ali Sağ